

Bern, den 11. August 1980

20. August 1980

VERTRAULICH

Dreiertreffen der Wirtschaftsminister der BRD-A-CH und bilaterales
 Ministertreffen A-CH und BRD-CH in Travemünde, 10./11. Juli 1980;
Berichterstattung

Volkswirtschaftsdepartement. Notiz vom 11. August 1980 (Beilage)

Gestützt auf die Notiz des Volkswirtschaftsdepartements hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Vom Kurzprotokoll über die obenerwähnten Gespräche mit den Ministern der Bundesrepublik Deutschland und Oesterreichs wird Kenntnis genommen.

Protokollauszug an:

- EVD 5 zur Kenntnis
- EDA 6 " "
- EFD 7 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

[Handwritten signature]

Eidgenössisches
 Volkswirtschaftsdepartement





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

250.5

Bern, den 11. August 1980

Notiz an Herrn Bundesrat Honweger

VERTRAULICHNotiz an den Bundesrat

Dreiertreffen der Wirtschaftsminister
 der BRD-A-CH und bilaterales Ministertreffen
 A-CH und BRD-CH in Travemünde, 10./11. Juli 1980

Sehr geehrte Herren Kollegen,

in der Beilage finden Sie zu Ihrer Information ein
 Kurzprotokoll über oben erwähnte Gespräche mit den
 Ministern der Bundesrepublik Deutschland und Oester-
 reichs.

EIDGENÖSSISCHES
 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Beilage erwähnt.

VERTRAULICHNotiz an Herrn Bundesrat Honegger

So/hi

Dreiertreffen der Wirtschaftsminister
der BRD-A-CH und bilaterales Minister-
treffen A-CH und BRD-CH in Travemünde
bei Lübeck, 10./11. Juli 1980

1. Teilnehmer:

BRD: Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (LA)

Ministerialdirigent Morawitz (Mo)

Pers. Referent

Presse-Referent

A: Bundesminister für Industrie, Handel und Gewerbe
Staribacher (Sta)

Kabinettschef Haffner

Oesterreichischer Handelsdelegierter in Frankfurt

CH: Bundesrat Honegger (Ho)

Staatssekretär Jolles (Jo)

Botschafter Sommaruga (So)

2. Dreiertreffen2.1. Besprochene Themen:

- Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels von Venedig
- Zusammenarbeit in der IEA
- Recycling
- Fälligkeiten im Nord-Süd-Dialog
- Brandt-Bericht
- Polen
- Jugoslawien

- Japan
- EG-Erweiterung
- EG-Agrarpolitik
- neue EG-Kommission
- Beziehungen EFTA-Länder - EG.

2.2. Hiernach in Kürze das Wesentliche der sehr offenen und "à bâtons rompus" geführten Diskussion:

2.2.1. Jo berichtet über die im CES der OECD am Vortag stattgefundene Diskussion über die Ergebnisse des Wirtschaftsgipfels von Venedig, wo gewisse Kritiken von nicht beteiligten EG-Ländern über die allmähliche Institutionalisierung und die fortschreitende Aufspaltung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausserhalb der regulären Gremien laut wurden. La bestätigt die Tendenz zur Institutionalisierung, die gegen den Willen der BRD besteht. Kanada wird als letztes der sieben Länder das nächste Jahr für die Organisation zum Zuge kommen. Es wird dann wohl unvermeidlich sein, dass die Reihenfolge wieder beginnt. Wichtig ist aber, dass kein ständiger Unterbau besteht und dass das "follow up" im wesentlichen in den zuständigen internationalen Organisationen durchgeführt wird. Die BRD legt grössten Wert auf eine gute Koordination mit den anderen OECD-Ländern in der Vorbereitungsphase wie auch auf eine gute Information über die Ergebnisse. Dieses Jahr ist der Gipfel wirtschaftlich kein Ereignis gewesen; er war aber doch politisch wichtig wegen der Afghanistan-Krise (und vielleicht besonders wegen der Differenzen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Präsident Carter, die in Venedig beigelegt wurden). Dennoch sind die Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Diskussion in mehreren Bereichen beachtlich. So wurde z.B. im Energiesektor nicht mehr über "Import-targets" gestritten, sondern es wurde - was wichtig ist - eine richtige Diskussion unter Regierungs-

chefs über Energiepolitik durchgeführt. Erfreulich ist, dass die von der Internationalen Energie-Agentur verfolgte Linie ohne substantielle Änderungen bestätigt wurde.

Jo macht die Anregung, dass zum Zwecke der besseren Information der nicht beteiligten OECD-Länder ein kleiner Kreis von Delegationschefs des CES gebildet wird, dem informell und vertraulich die persönlichen Beauftragten der Regierungschefs berichten könnten. LA unterstützt diese Idee und meint, dass dies am vertraulichen traditionellen Abendessen geschehen könnte.

2.2.2. Auf eine Frage von Sta sagt LA, dass er das Präsidium der Internationalen Energie-Agentur in Paris nicht weiterführe: man könnte für die nächste Präsidentschaft an den niederländischen Minister denken.

Jo wirft die Frage des Datums des nächsten IEA-Ministertreffens auf, da er in Paris gehört hat, dass man an Oktober/November d.J. denke, wahrscheinlich wegen der Notwendigkeit der Überprüfung des Notzuteilungssystems unter Berücksichtigung des verminderten Anteils der Multis am internationalen Erdölmarkt.

LA, Sta und Ho finden eine Ministersitzung vor den Präsidentschaftswahlen in den USA sinnlos; man soll nicht vor März 1981 tagen, da dann die Gewähr gegeben ist, dass eine beschlussfähige amerikanische Administration bestehen wird. Die Überprüfung des Notverteilungssystems ist eine Beamtenaufgabe.

LA meint, dass es nun Zeit ist, sich seriös mit der Nachfolge des jetzigen Präsidenten des "Governing Board" der IEA (Staatssekretär Ersbøl von Dänemark, der im Oktober die Aufgabe des Generalsekretärs des EG-Rates in Brüssel übernehmen soll) zu beschäftigen. Die BRD hat schon den

Generalsekretär und die USA den Stv. Generalsekretär; diese wichtige Aufgabe sollte von einem kleinen Mitglied-land übernommen werden.

2.2.3. Ho anerkennt die Wünschbarkeit, die Kreditbedingungen für die Entwicklungsländer zu lockern, zeigt aber eine gewisse Skepsis, in der Recycling-Frage neue Wege zu beschreiten. LA glaubt, dass das jetzige System in Zukunft (wahrscheinlich schon 1981) nicht genügen wird; die BRD will aber keine neuen Institutionen: der IWF genügt. Fraglich ist allerdings, ob das, was bei der IWF-Tagung in Hamburg vorgesehen worden ist, tatsächlich ausreichen wird. In der Tat ist die ganze Diskussion von Präsident McNamara in Bewegung gesetzt worden, mit der Begründung, dass es sich das Bankensystem nicht mehr leisten könne und sich daher die einzelnen Regierungen einschalten sollten. LA hat Vertrauen in die internationalen multilateralen Institutionen, welche ausschliesslich ihre Rolle spielen sollen. Im übrigen meint LA, dass das Währungskapitel des Wirtschaftsgipfelcommuniqués dürftig ausgefallen ist: aber niemand (auch nicht die Franzosen) habe sich etwas einfallen lassen.

2.2.4. Jo berichtet über die Nord-Süd-Diskussion vom Vortag im CES in Paris und nennt die von ihm im Namen der schweizerischen Delegation erwähnten Fälligkeiten. 1. Die Verabschiedung der internationalen Entwicklungsstrategie (hier könnte man am flexibelsten sein, obwohl die Wachstumsprozente illusorisch seien). 2. Die Hilfe an die ärmsten Entwicklungsländer, u.a. gemäss kürzlichem Vorschlag Waldheim für ein Sofortprogramm von 5 Mia \$ (dessen Zustandekommen sehr unsicher sei). 3. Die Globalverhandlungen (da muss man sich zur Wehr setzen, um zu verhindern, dass sich der politische Entscheidungsprozess der UNO über die wirtschafts- und finanzpolitischen Institutionen hinwegsetzt). /Ueber

die Ergebnisse der Diskussion zu diesem Punkt orientiert die Notiz von Direktor Jolles vom 11.7.1980.]

2.2.5. Auf den Brandt-Bericht angesprochen, erwähnt LA die innenpolitische Schwierigkeit für die Bundesregierung, offen gegen gewisse Schwierigkeiten aufzutreten. Für die vorgeschlagene Gipfelkonferenz wird die Bundesrepublik nicht eintreten, aber daran teilnehmen, wenn sie stattfinden sollte, was allerdings unwahrscheinlich ist wegen der Unlösbarkeit der Teilnehmerfrage. Die internationale Entwicklungssteuer ist ebenfalls sehr problematisch und sicher wird die BRD keine solche konkrete Diskussion inszenieren. Die erwogene Zusammenlegung von GATT und UNCTAD ist äusserst gefährlich, weil sie dem Protektionismus Vorschub leistet! Der Präsident der Kommission hat die Zusammenhänge wahrscheinlich nicht erkannt.

2.2.6. La orientiert über die Polen von der BRD aus ganz speziellen historisch-politischen Gründen eingeräumten finanziellen Konzessionen, welche die Konsensus-Bedingungen (OECD) sprengen, sich aber in der katastrophalen Verschuldungssituation aufgedrängt haben. Es handelt sich um: 1. HERMES Bürgschaften (bis zu 500 Mio DM) für Lieferungen von Konsumgütern mit Zahlungsfristen von 2 bis 5 Jahren; 2. HERMES Bürgschaft für einen Kredit zur Förderung von Kupfer und Vanadium, mit dem Ziel, die Rohstoffversorgung der BRD zu sichern; 3. Bildung eines Konsortiums zur Gewährung eines unverbürgten Bankkredites von 1 Mia DM zur Erschliessung von Kohlevorkommen mit Kohlenlieferungen ab 1985, wobei die Bundesregierung erwägt, diesem Kredit aus eigenen Mitteln 1/2 Mia DM beizufügen (Mischkredit?).

Sta berichtet über den kürzlich den Polen von der Oesterreichischen Kontrollbank gewährten ungebundenen Finanzkredit von 300 Mio \$, wobei die Rückzahlung mit Kohlenlieferungen erfolgen soll, jedoch mit Lieferungsbeginn erst in einigen Jahren.

2.2.7. Ho informiert über den kürzlichen ministeriellen Besuch aus Jugoslawien in Bern betreffend das Stabilisierungsprogramm Belgrads und die gewünschte Wirtschaftshilfe in Form von (weichen?) Finanz- und Exportkrediten; er erkundigt sich, wie die BRD, die anscheinend an dieser Aktion teilnehmen soll, reagiert hat. LA ist nicht genau im Bild, vermutet aber, dass die Jugoslawen etwas ähnliches anstreben wie die oben erwähnten deutschen Finanzkonzessionen an Polen. Da Aussenminister Genscher unmittelbar vor einer Belgrad-Reise steht, wird man sich in Bonn darauf vorbereitet haben. Er wird uns darüber orientieren. Sta meint, dass sich die österreichische Aktion für Jugoslawien auf die Finanzierung des Karawankentunnels beschränkt.

2.2.8. LA kehrt gerade aus Japan zurück, wo er die Bundesregierung an den Trauerfeierlichkeiten für Ministerpräsident Ohira vertreten hat. Er hatte Gelegenheit, mit Susuki (voraussichtlich nächster Ministerpräsident), Nakosoni und anderen Politikern zu sprechen. Er erwartet die Bildung einer Regierung von starken Persönlichkeiten; bemerkenswert ist das wachsende Selbstbewusstsein der Japaner. Hauptgesprächsthema waren die Auto- und die Unterhaltungselektronik-Ausfuhren. Die BRD will keine Beschränkungen bei der EG beantragen; wenn allerdings die Japaner nicht selber dafür sorgen, das Problem zu entschärfen, wird der Druck in Brüssel so stark sein, dass Massnahmen nicht zu vermeiden sein werden. Im übrigen war LA vom makrowirtschaftlichen Denken der Japaner beeindruckt, welche eine gesündere und straffere Wirtschafts- und Währungspolitik anstreben.

2.2.9. Auf die Verhandlungen zur EG-Erweiterung angesprochen, gibt sich LA zuversichtlich in bezug auf die Einhaltung des Beitrittsfahrplans für Spanien und Portugal (1.1.83), wobei die Transitionsperioden länger ausfallen werden als

diejenige für Griechenland. So informiert über das Abkommen EFTA-Länder - Spanien und plädiert für Gewährleistung der diagonalen Kumulation des Ursprungs EFTA-EG-Spanien; LA sichert die deutsche Unterstützung in Brüssel zu.

- 2.2.10. Hinsichtlich der Revision der EG-Agrarpolitik stellt LA fest, dass sie einfach nicht mehr finanzierbar ist und dass man daher das Problem endlich seriös anpacken wird. Einschränkungen müssen kommen (insbesondere im milchwirtschaftlichen Sektor) und zwar sehr bald nach den französischen Wahlen.
- 2.2.11. LA und Ho freuen sich über den ersten Entscheid betreffend die Erneuerung der EG-Kommission durch die Wahl von Herrn Thorn zum Präsidenten. Obwohl ein endgültiger Entscheid über die Designation der deutschen Kommissare erst nach den Bundestagswahlen getroffen werden soll, weiss man, dass G. Brunner ausscheiden wird und dass der Bundeskanzler das Verbleiben von W. Haferkamp wünscht, was auch LA begrüsst; zu hoffen ist, dass Haferkamp auch die Aussenbeziehungen beibehalten kann, was nicht sicher ist. Höchstwahrscheinlich wird auch Herr Ortoli die Kommission verlassen, während F. Gundelach weiterhin im Amt bleiben sollte.
- 2.2.12. LA unterstreicht, wie sehr der BRD an einer optimalen Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der EG zu den EFTA-Ländern gelegen ist. Er freut sich, dass keine besonderen Probleme bestehen, was Sta bestreitet. Von Jo nach möglichen Absichten Brüssels, ein Kooperationsprotokoll abzuschliessen, befragt, meinen LA und Mo, sie hätten nie davon gehört und fänden das auch nicht notwendig. Die Zusammenarbeit müsse sich in wirtschaftlichen Bereichen von gemeinsamem Interesse konkret gestalten: die Entwicklungsklausel des FHA biete die Dynamik dazu.

An spezifischen Problemen werden erwähnt: von LA die Ein-

führung der buchmässigen Trennung bei den Ursprungsregeln mit Einschluss der Textilien (So weist auf eine mögliche Zustimmung der Schweiz hin, wenn mit den Kumulations- und alternativen Prozentregel-Vorschlägen der EFTA ein Paket geschnürt wird); von Ho und Jo die Notwendigkeit, die Dekonsolidierungsverhandlungen CH-EG über Protokoll Nr. 2 Waren rasch abzuschliessen (Mo bestätigt den guten Willen der BRD, weist aber darauf hin, dass die deutsche Lebensmittelindustrie am meisten betroffen ist); von LA die Diskriminierung der Exporte von deutschem Weinbrand in Flaschen nach der Schweiz wegen der in der Tokio-Runde den Franzosen gemachten Konzession für Cognac und Armagnac. (Ho betrachtet diese Situation nicht als diskriminierend, da die Monopolgebühr für Weinbrand in Fässern (welcher billiger ist als in Flaschen) die gleiche wie für Cognac ist; allerdings ist Ho, angesichts der sehr geringfügigen Mengen, die auf dem Spiel stehen, und nur, sofern die Dekonsolidierungsverhandlungen rasch und ohne weitere Schwierigkeiten zu Ende geführt werden, bereit, mit dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes zu sprechen, um das Problem einer Lösung entgegenzuführen.)

3. Bilaterale Besprechung A-CH

Während eines Arbeitslunchs unterhalten sich Ho und Sta über die Ergebnisse des letzten wirtschaftspolitischen Treffens auf hoher Beamtenebene vom Mai 1980 (wobei Sta sich wegen des immer noch nicht fertiggestellten internen österreichischen Berichts sichtlich nervös zeigte). Es werden folgende Fragen berührt: Taraproblem, Früchtejoghurt (Ho erwartet bei der Lösung der Tarafrage ein österreichisches Entgegenkommen in der Joghurtfrage, Sta verspricht, sich persönlich damit zu befassen und den Landwirtschaftsminister anzusprechen), österreichisches Lebensmittelrecht (Sta akzeptiert die Anregung von So, dass auf Schweizer Initiative ein Treffen von Spezialisten für eine Besprechung über lebensmittelpolizeiliche Bestimmungen

und deren Handhabung in beiden Ländern organisiert wird), Goldlegierungen, Tabakmonopol (Sta würde sich eine Notiz über konkrete Fälle wünschen), Heizölfärbung (Sta denkt, dass das Problem unlösbar sei). Ho wirft die Frage der Arbeitsmethode der bilateralen Expertengruppe auf und hofft auf eine Verbesserung der Situation durch Straffung der Tagungen und Entsendung weniger, aber mit Verhandlungskompetenzen ausgestatteter Spezialisten; Sta sieht das ein und will sich der Sache annehmen.

Sta informiert Ho (!) über die Vorbereitungen der nächsten Tagung der Gemischten Kommission EFTA-Jugoslawien nach dem kürzlichen Besuch von EFTA-Generalsekretär Müller in Belgrad. Er wünscht, dass man alles tut, um den Jugoslawen zu ermöglichen, alle sie interessierenden Fragen in der EFTA zu besprechen. Dass keine gemeinsamen Lösungen gefunden oder keine Beschlüsse gefasst werden, sei unwichtig: die politische Bedeutung, die dieser Gemischten Kommission von Belgrad beigemessen wird, verdient unsere Beachtung. Wir sollten uns nicht scheuen, wie z.B. jetzt für den Handel auch Unterorgane der Gemischten Kommission zu schaffen. Ho anerkennt die politische Bedeutung dieser Gemischten Kommission und ist mit einer Dynamisierung einverstanden, wobei die EFTA-Grundsätze (u.a. keine gemeinsame Aussenwirtschaftspolitik) nicht vergessen werden sollen.

4. Bilaterale Besprechung BRD-CH

Auf Wunsch von Ho treffen sich beide Minister, um die Frage des deutschen Körperschaftssteuergesetzes im Zusammenhang mit dem deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen zu besprechen. LA hält den reduzierten Satz von 15% für schweizerische Investoren für richtig, obwohl er gleich bemerkt, dass die spezifische schweizerische Problematik des Streubesitzes die Situation vielleicht schlechter und jedenfalls komplizierter macht. Die BRD weiss, dass die Schweiz nicht zufrieden ist: es gilt aber, vorläufig den Abschluss der Verhandlungen mit den USA ab-

zuwarten. Wahrscheinlich wird der 15%-Satz mit den USA nicht aufrechterhalten werden können: jedenfalls würde auf Grund der Ergebnisse dieser Verhandlungen eine Anpassung des Satzes auch für schweizerische Investoren erfolgen. Die Meinung der deutschen Wirtschaft betreffend die den Amerikanern zu gewährende Satzreduktion ist geteilt: zum Teil wird 10% gefordert, aber andererseits gibt es gewisse Kreise, die bedeutende Vorteile für ausländische Grossaktionäre ablehnen. Die Verhandlungen mit den USA werden dadurch kompliziert, dass die deutsche Seite gewisse Kompensationen von den Amerikanern in Sachen Besteuerung von deutschen Gesellschaften in den USA verlangt. Der Finanzminister möchte die Verhandlungen vorantreiben, während LA der Auffassung ist, dass man nicht unter Zeitdruck verhandeln soll. Dies umsoweniger, als früher ausländische Investoren - so auch die Schweizer - gegenüber den Deutschen bevorzugt worden seien.

Ho meint, dass es schwierig sei, die schweizerischen Unternehmer zu überzeugen, dass sie früher besser als die Einheimischen behandelt worden seien. Das Verhältnis CH-BRD ist nicht mit demjenigen USA-BRD vergleichbar, insbesondere wegen des Streubesitzes, was bei den Amerikanern nicht der Fall sei. Ho findet, dass man nicht zuwarten soll, da sonst die Gefahr besteht, dass keine Flexibilität übrig bleibt. Er erwähnt auch die Zahlen betreffend Direktinvestitionen der Schweiz in der BRD, die einen deutlichen Rückgang aufweisen. LA will sich noch über Zahlen aus deutscher Sicht informieren lassen: das Argument des Streubesitzes für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zieht nicht, da sich die Situation seit den ersten Verhandlungen in dieser Beziehung nicht geändert hat. Bevor die CH-BRD-Doppelbesteuerungsverhandlungen wieder aufgenommen werden, soll der Abschluss der Runde mit den USA abgewartet werden, was nicht vor den Bundestagswahlen der Fall sein wird.

So erwähnt den bevorstehenden Austausch der Ratifikationsur-

1307

kunden zum revidierten Erbschaftssteuerabkommen und die dabei vorgesehene Uebergabe einer Verbalnote mit dem schweizerischen Wunsch, die Verhandlungen über die Körperschaftsteuer wieder aufzunehmen. LA warnt vor einer Formalisierung dieser Frage, die eher zur Versteifung der deutschen Haltung führen könnte. So fragt darauf, wie sich die deutsche Seite dazu stellen würde, wenn beim erwähnten Anlass ein schweizerisches Memorandum übergeben würde mit dem Vorschlag der Abhaltung eines Informationsgesprächs zwischen Steuerverwaltungen betreffend die Entwicklung der Verhandlungen der BRD mit Drittländern und um die Frage des Streubesitzes eingehend zu behandeln. LA ist damit einverstanden und erklärt sich bereit, dem Finanzminister zu empfehlen, dass ein solches Gespräch zustande kommt.

Ho wirft dann das Problem der Körperschaftssteuergesetznovelle auf, welche vorsehen soll, dass in Zukunft gewinnabhängige Vergütungen (z.B. aus stillen Beteiligungen) an nicht anrechnungsberechtigte Gesellschafter wie Gewinnausschüttungen besteuert werden; man habe auch von der Unterstellung von gewinnunabhängigen Finanzierungsformen unter die Gewinnbesteuerung gesprochen, wie festverzinsliche Darlehen. LA deutet an, dass die heutige Situation grosse Probleme schaffe und dass tatsächlich eine Novelle vorgesehen worden ist; es handelt sich aber um eine innenpolitisch sehr heikle Frage: ausländische Investoren sind damit nicht anvisiert worden. Der Finanzminister wird untersuchen lassen, ob für ausländische Investoren besondere Lösungen gefunden werden können. Allerdings muss festgehalten werden, dass die parlamentarische Behandlung dieser Frage nicht vor den Wahlen stattfinden wird.

—

